

# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640

Erhebt sich auf weiteren am Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Anzeigenpreis: die 6 gehaltene Nummern 20 Goldpfennig, die 3 gehaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gehaltene Restnummern im letzten Teile der Zeitung 50 Goldpfennig. Nachdruckgebühr 20 Goldpfennig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 148 — 1923 — 82. Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 18. / 19. Dezember

## Reichskanzler Dr. Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichstagspräsident Löbe und Chefredakteur Ackermann über die Presse.

Gelegentlich einer Kundgebung über Schicksalsfragen der Presse in Berlin nahm Reichskanzler Dr. Marx Veranlassung, sich über die Presse zu äußern. Seine Worte bewiesen tiefes Verständnis für das innere Wesen der Presse. Sie zeigten aber auch, daß er die hohe Bedeutung derselben zu würdigen weiß und ein empfindendes Herz für ihre Noie besitzt.

„Wenn die Stunde jetzt erst sei für die Presse — so führte der Kanzler aus — so sei sie auch erst für das ganze deutsche Volk. Auch für dieses handle es sich um Schicksalsfragen. Die inneren Verhältnisse ließen unser Herz erzittern. Daß jetzt gerade kurz vor Weihnachten, kurz vor dem Schlusse des Jahres, so viele furchtbare Tatsachen vor den Augen des deutschen Volkes über unsere finanzielle Zerrüttung, über die geradezu katastrophale wirtschaftliche Vernichtung vieler Existenzen vor uns hintreteten, so ist das außerordentlich ernst und tragisch, geradezu erschütternd. Und dennoch müssen wir, betonte der Kanzler, offen diesen Tatsachen ins Gesicht sehen: Es ist so! Und wenn die Regierung den allerbesten Willen zeigt, das deutsche Volk, wenn irgend möglich, etwas aus dem tiefen Fall emporzuführen, wenn wir die weitestgehenden Forderungen an alle Schichten des deutschen Volkes stellen müssen, dann geschieht das in dem Gedanken: Wir wollen das deutsche Volk retten um seiner selbst willen. Die innere Lage ist ernst, die äußere nicht weniger. Unsere innere Lage kann selbst durch die stärksten und weitgehendsten Mittel dauernd nicht gebessert werden, wenn nicht die äußere Lage gebessert wird. Wir müssen noch so viele Steuern vorschlagen, noch so viele Opfer dem einzelnen auferlegen; ehe nicht die Rhein- und Ruhrfrage gelöst ist und eine wirtschaftliche Beruhigung eingetreten ist, ehe kann die Frage der Sanierung nicht gelöst werden. Wir wollen nach außen Frieden und Freiheit des Handelsmarktes. Wir wollen deshalb mit unseren Widerpartnern, unseren bisherigen Gegnern, verhandeln, aber wir beanspruchen auch, als Gleichberechtigte von ihnen anerkannt zu werden und in wahren Sinne als Gleichberechtigte mit ihnen an einem Tisch zu verhandeln. Wir werden dem keine Hindernisse in den Weg legen, aber wir verlangen auch, daß man unseren guten Willen, den wir so oft und so ernst an den Tag gelegt haben, anerkennet. Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß, soweit seine Kraft in Frage komme, alles geschehen werde, um Verhältnisse zu schaffen, die es der Presse ermöglichen, ihren hohen überlieferten Beruf frei von Beeinträchtigungen materieller und geistlicher Art auszuüben.“

Dann nahm der Reichstagspräsident Löbe Gelegenheit, sich über die engen Zusammenhänge und die innige Verbindung von Parlament und Presse zu äußern. Er erinnerte daran, daß die Öffentlichkeit für die Parlamente im wesentlichen nur hergestellt werde durch die Presse. Sehe die Presse einmal aus, so verlieren die Verhandlungen des Parlaments sofort an Bedeutung. Das habe sich beim Pressestreik im Reichstag im März 1908 gezeigt. Die Kontrolle des Parlaments durch eine eingehende Presseberichterstattung sei erforderlich. Die Presse liefere auch dem Parlament Rohstoffe. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Parlament und Presse ist unumgänglich notwendig.

Dann ergriff der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Ackermann, das Wort. Seine Ausführungen galten der beruflichen Lage der Redakteure und Journalisten. Man habe — so führte er aus — wenig von der Rot der Journalisten gehört, weil diese, wie viele Schichten des Mittelstandes, stillergeben in das Elend hineingegangen sind. Andere Zeitungen seien zu unpersonlich. Die meisten Leser wissen gar nicht, daß hinter ihnen überhaupt lebendige Menschen stehen. Der Redakteur müsse vor Proletarisierung geschützt werden, gerade weil die aus ihr folgende nervöse Stimmung für seine Tätigkeit gefährlich ist und weil er mit seinem sozialen und gesellschaftlichen Habitus nicht in Widerspruch geraten darf zu den Auffassungen, die er in seiner Zeitung vertritt. Der Redner stellt fest, daß ein anerkannter Berliner Journalist eine Zeitung als Lastträger bei einem Bauunternehmer sein Leben stiften mußte und daß bei einem Schriftsteller das Honorar für eine größere Arbeit durch die Geldentwertung so zusammenschmolz, daß er sich dafür nur eine Schreibe kaufen konnte. Der Vorwurf der Käuflichkeit der Presse sei in Deutschland völlig unberechtigt. Der Redner warnte vor der Unterschätzung der geistigen Arbeit des Redakteurs. Tarife und andere Sicherungen seien nur ein Notbehelf. Sollte die Presse eine moralische Anstalt im Sinne Schillers sein, so müsse der Redakteur materiell, sozial und rechtlich geschützt sein, und zwar durch ein Journalistengesetz.

Berlin, 16. Dezember.

Bei dem alljährlichen Empfang des Vereins Berliner Presse, der heute stattfand und wie alljährlich einen Teil der Führer des politischen und geistigen Deutschlands vereint, hielt Außenminister Dr. Stresemann eine bedeutsame Rede. Die Hauptpunkte seiner Ausführungen verdienen es, hier festgehalten zu werden: Erst dann, betonte Dr. Stresemann, wenn die Archive alle geöffnet sind, wozu wir als die ersten den Entschluß aufgebracht haben, wird ein Urteil über die Entstehung des größten Unglücks der Zeit möglich sein. Wir sehen auf deutschem Boden fremde Verwaltung, deutschen Besitz von anderen ausgenutzt, sehen im besten Gebiet eine Unterdrückung

## Sachsen erneut sozialistisch-kommunistisch regiert?

Dresden, 17. Dez. Fast scheint es so, als ob der Teufel durch Beelzebub abgelöst wird. Am Sonnabend haben in Dresden die sozialdemokratischen Landesinstanzen zusammen mit der durch den Parteitagbeschuß auf ein Fünftel reduzierten Vertretung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über die Frage der Neubildung der sächsischen Regierung beraten. Wie nach dem Verlauf des letzten Parteitages nicht anders zu erwarten war, hat man sich unter Abgabe an den Gedanken einer großen Koalition für sofortige Aufnahme neuer Verhandlungen mit den Kommunisten zum Zwecke der Bildung einer neuen sozialistisch-kommunistischen Regierung festgelegt. Wie verlautet, ist nur eine verhältnismäßig sehr schwache Gegenkraft gegen diese Einstellung in Erscheinung getreten. Als von dieser Seite der Befürchtung Ausdruck gegeben wurde, daß dann vielleicht ein neues Eingreifen des Reiches gegen Sachsen zu erwarten wäre, ist von der radikalen Seite entgegnet worden, daß man aus tatsächlichen Gründen sehr wohl eine neue Reichsregierung propagieren könne. Im übrigen ist man sich darüber klar gewesen, daß die Verhandlungen mit den Kommunisten nicht so rasch zu einem Ergebnis führen würden, daß die Neuwahl eines Ministerpräsidenten noch in der Weihnachtswoche vorgenommen werden könnte. Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen mit den Kommunisten soll ein neuer Parteitag einberufen werden.

### Die Deutschnationalen in Dresden.

Dresden, 16. Dez. Die Vertrauensleute der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, hielten unter Vorsitz des Landtagsabgeordneten Sanitätsrat Dr. Kreisfarn eine Versammlung ab. Ueber die Politik der Reichsregierung und die Stellungnahme der deutschnationalen Fraktion des Reichstages berichteten die Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert und Dr. Philipp-Borna. Sie kennzeichneten vor allem die Mißerfolge, die das Kabinett Stresemann in der Innen- und Außenpolitik, insbesondere seit dem Aufgeben des Ruhrwiderstandes hinsichtlich der Rheinlands- und Reparationspolitik, zu verzeichnen hatte und bebauerten, daß der Reichskommissar Dr. Heine die Reichsregierung gegen Sachsen nicht bis zum Ziel, nämlich bis zur Schaffung einer bürgerlichen Regierung, durchzuführen dürfte. Sie stellten weiter fest, daß der Heiserische Währungsplan durch den Finanzminister Hilferding monatlang hingschleppt worden sei, bis die Mark auf ein Billionstel entwertet war. Mit einer früheren Einführung der neuen Mark hätten schwere wirtschaftliche und politische Schäden vermieden und der vollständige Zusammenbruch zahlloser kleiner selbständiger Existenzen verhindert werden können. Nachdem noch besonders von der Verammlung bedauert worden war, daß sie mit den von der Dresdner Parteileitung in bezug auf die bevorstehenden Gemeindevahlen eingeleiteten Schritten einverstanden ist, wurde einstimmig folgende Entschlieung angenommen: „Die Versammlung billigt die Politik der Reichstagsfraktion, ist mit ihr in der Forderung baldiger Neuwahlen völlig einig und spricht ihr das uneingeschränkte Vertrauen aus.“

### Eine Entschlieung der sächsischen Oberstudiendirektoren.

Dresden, 16. Dez. Die Oberstudiendirektoren der sächsischen Gymnasien und Reformgymnasien haben in ihrer am

ber öffentlichen Meinung, wie sie ohne Beispiel dastehet. Dazu starke wirtschaftliche und finanzielle Not so stark, daß man fragen muß, wie lange sie überhaupt noch zu ertragen ist.

Die Reichsregierung hat alles getan, um zu einer Verständigung zu kommen. Trotzdem erfolgte der Einmarsch in das Ruhrgebiet. Die letzten Kammerdebatten in Paris haben erkennen lassen, daß Deutschland die Kenntnis davon vorenthalten blieb, daß andere darüber vollkommen benachrichtigt wurden, aber nicht Deutschland. Unzweifelhaft ist ein großer Teil des Volkswohlstandes, der uns nach dem Frieden von Versailles noch geblieben ist, in diesem einen Jahre zerstört worden, und die Zerstörung geht weiter. Haben wir aber nicht auch während dieses Kampfes die Hand zum Frieden geboten? Hat nicht die Regierung Cuno sich bereit erklärt, durch internationale Verständigung das Problem anzufassen? Hat nicht dann die deutsche Regierung, als dieses Angebot abgelehnt wurde, in einem Memorandum weitgehende Verpflichtungen unter Verpändung von Eisenbahn, Grundbesitz deutscher Wirtschaft sich bereit erklärt, auf der Basis weitgehender Goldleistungen eine Lösung des Problems herbeizuführen? Ist es in der Geschichte der Völker erhört, daß ein großes Volk, ein großer Staat auf dieses Angebot nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurde?

Die Tatsache, daß heute das Vermögen des Reiches nicht mehr vorhanden ist, daß das deutsche Volkvermögen immer geringer wird, die Tatsache, daß der Kampf an der Ruhr mit Schuld daran ist, sollte dazu führen, einen neuen Weg internationaler Verständigung zu geben. Zu meinem Bedauern sind noch nicht feste Aussichten dazu gegeben. Die Demarche der deutschen Regierung hat bei dem französischen Ministerpräsidenten zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle in Deutschland noch nicht wieder eingeführt sei. (Tiefe Bewegung.) Daß die deutsche Abrüstung in einem Maße durchgeführt ist, wie noch nie bei irgendeinem Volke, daß wir weniger in der Lage sind, uns gegen

Sonnabend abgehaltenen Sitzung den Reformplan Dr. Wünsche besprochen und dazu einstimmig folgende Entschlieung angenommen: „Die Verwirklichung des vom Oberregierungsrat Dr. Wünsche ausgearbeiteten Planes zur Umgestaltung des höheren Schulwesens muß einen weitgehenden Rückgang im Bildungsstande und der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der geistig arbeitenden Schichten des sächsischen Volkes zur Folge haben. Dies würde dem Ansehen Sachsens bei den übrigen Kulturstaaten schweren Abbruch tun und auch zu wirtschaftlich für Sachsen nicht tragbaren Folgen führen.“

### Lubendorff contra Dresdner Volkszeitung.

Dresden, 17. Dez. Von Justizrat Dr. Rebing, Dresden, erhält der Teunion-Sachdienst eine Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„Am Auftrage seiner Erzelenz des Herrn General d. J. a. D. Lubendorff in München erlaube ich mir folgendes mitzuteilen: In der „Dresdner Volkszeitung“ Nr. 265 vom 14. November 1923 findet sich unter der Ueberschrift: „Wie Lubendorff verhasst wurde“ ein Artikel, in dem der Wahrheit zuwider das Verhalten des Herrn General Lubendorff in der Feldherrnallee in München am 9. November mittags in ehrenrühriger Weise herabgesetzt wird. Es wird darin behauptet, General Lubendorff habe sich, sowie der erste Schuß fiel, sofort auf den Boden geworfen und sei unbeweglich liegen geblieben, als seine Leute bereits die Flucht ergriffen hätten. Ich habe in Vollmacht des Herrn General Lubendorff gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Sachs der „Dresdner Volkszeitung“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt und Privatklage erhoben.“

### Der Fünfhnerauschuß

des Reichstags beschäftigte sich am Sonnabend zunächst mit der Verordnung über die Auflösung der Flüchtlingslager. Dann wandte er sich der Beratung der zweiten Steuerordnung zu. Zunächst gab Reichsfinanzminister Dr. Luther einen ausführlichen Ueberblick über die augenblickliche Finanzlage, die er als außerordentlich ernst darstellte. Der Minister wies mit Nachdruck darauf hin, daß die vorgesehenen hohen Steuern umgehend zur Tatsache werden müßten, um das Reich vor den schlimmsten Folgen zu bewahren. — In die Ausführungen Dr. Luthers schloß sich eine allgemeine Aussprache.

### Owen de Young Hauptfachverständiger, Daves zweiter Delegierter.

Paris, 16. Dez. Sämtliche Delegierte der in der Replo vertretenen Mächte haben einzeln dem amerikanischen Beobachter Logan mitgeteilt, daß sie in einer Plenarsitzung den General Daves und Owen de Young aufzufordern beabsichtigen, als amerikanische Sachverständige an den Ausschussarbeiten über den Ausgleich des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung teilzunehmen. Dem Londoner Berichtstatter des „Echo de Paris“ zufolge, ist Owen de Young auf Ersuchen des Präsidenten Coolidge zum amerikanischen Hauptfachverständigen gewählt worden, während Daves als zweiter Delegierter fungieren soll.

irgendein Land zu wehren, als manches kleine Volk, das nicht so fest für jeden, der sehen will, daß wirklich an dieser Tatsache kein Zweifel erlaubt ist. In voller Ueberzeugung unserer Verantwortung haben wir uns gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt, weil nach dem Verfall der Verträge die Abrüstung als solche beendet ist.

Ich muß nach Pflicht und Gewissen erklären, daß wir die Verantwortung für Leben und Sicherheit derjenigen, die die Kontrolle vornehmen, heute nicht mehr übernehmen können. Ich schmiede daraus keine Anklage gegen das deutsche Volk, denn ich bewundere die Besonnenheit des deutschen Volkes nach den Demütigungen, die man ihm jahrelang zugemutet hat, wie keinem anderen Volke. Wie soll irgendeine Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit möglich sein, wenn nicht völlige Klarheit darüber besteht, wie es um Rhein und Ruhr bestellt ist? Unser Rechtsstandpunkt ist vollkommen klar.

Wir haben niemals die Legalität des Ruhrbruchs anerkannt und können und werden sie nicht anerkennen.

Ich wiederhole auch hier das Wort, das ich als Reichskanzler gesprochen habe: Unser ist das Land, unser ist der Boden, unser ist das Eigentum an dem Staatsbesitz, der sich dort befindet. Unser ist das Recht auf eine deutsche Verwaltung im deutschen Lande. Und wer sich gegen die Gesetze vergangen hat, gehört vor das deutsche Gericht. Wir wollen uns diesen klaren Rechtsstandpunkt in keiner Weise irgendwie verwischen lassen. Die Wiederaufrichtung in Deutschland werde nicht von der Außenpolitik ausgehen, nicht vom deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen, wenn sie nicht auf der sittlichen Grundlage des geistigen Aufstiegs der Nation selbst ruhe.

Zum Schluß betonte Dr. Stresemann noch, daß uns die Waffen des Geistes jetzt das zerstückelte Schwert ersetzen müßten, und so wollten wir denn hoffen, daß Deutschland trotz aller Not und allen Elends der Gegenwart wieder einer besseren Zukunft entgegengehe.